

**Ergebnisberichte aus den Workshops der Abschlusstagung des
regionalen Forschungsprojektes**

„Integration von Geflüchteten im Rahmen inklusiver
Quartiersentwicklung: Zusammenwirken von Hauptamt, Ehrenamt
und Geflüchteten in ländlichen Räumen“

Am 13. April 2018 an der Universität Siegen.

Arbeitsgruppe A

Institutionalisierung und Professionalisierung im ländlichen Raum

Moderation: Prof. Dr. Hildegard Schröteler-von Brandt

Protokoll: David Heidemann und Hilde Schröteler-von Brandt

Zeitraum: 12:50 Uhr bis 14:30 Uhr

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde trägt Frau Schröteler-von Brandt zur Themenstellung der Arbeitsgruppe einige Ergebnisse der Untersuchung vor:

Geflüchtete benennen vor allem das ehrenamtliche Engagement als wichtigste Unterstützung; die Akteure des Hauptamtes werden eher als Personen für den Vollzug staatlicher Regelungen wahrgenommen.

Die Akteure des Ehrenamtes sehen die Zusammenarbeit mit dem Hauptamt gegenüber der Anfangsphase der sogenannten Flüchtlingswelle als verbessert an, sie wünschen sich aber eine weitere Professionalisierung der Zusammenarbeit mit dem Hauptamt. In den vergangenen Jahren durchlief das Ehrenamt eigenständig Professionalisierungsprozesse und eignete sich dabei ein umfangreiches Wissen an. Das Ehrenamt sieht sich oft von den Geflüchteten und den Hilfsangeboten „überwältigt“ und es fehlen teilweise Maßstäbe von den Rechten und den Pflichten in der Betreuungsarbeit. So soll das Ehrenamt nicht zur Entmündigung der Geflüchteten führen, sondern eine Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Das Hauptamt wird durch die föderalen Strukturen und die diversen unterschiedlichen Zuständigkeiten, vom Jobcenter bei der Anerkennung der Flüchtlinge, in ihrer eigenen Integrationsarbeit personell und finanziell gehindert. Zudem tragen die Kommunen große Verantwortung bei der Erstunterbringung und derzeit bei der Erfüllung der Wohnsitzauflage. Fehlende interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung sowohl aufgrund von fehlendem Fachpersonal und Kenntnissen als auch der persönlichen Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung werden angeführt. Die untersuchten Gemeinden haben aufgrund der geringeren Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen Schwierigkeiten, eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik sowie dauerhafte Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit auszubilden. In der Konsequenz erlebt das ehrenamtliche Engagement eine hohe Belastung und stellt gleichzeitig einen wichtigen Integrationsfaktor in beiden Gemeinden dar. Insgesamt gilt es aber die Kommunikationsstrukturen zwischen Hauptamt und Ehrenamt zu verbessern und in der Zusammenarbeit eine Klärung über die Akzeptanz und die Aufgabenverteilung sowie eine sachlichere Kommunikation herbeizuführen.

Vorschläge für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hauptamt Ehrenamt und Geflüchteten sowie Verteilung der Aufgaben, Mittel und Verantwortlichkeiten zwischen dem Hauptamt und dem Ehrenamt

Bezüglich der Eingangsfrage zum Status quo der Beteiligten hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem Hauptamt und dem Ehrenamt wurden unterschiedliche Ansätze aufgezeigt:

In Drolshagen ging das Engagement bezüglich der Flüchtlingshilfe vom Hauptamt aus. Das Hauptamt - in Form einer Person - hatte die Organisation und Koordinierung des Ehrenamtes übernommen; d.h. das Hauptamt organisiert Hilfe, bringt das Ehrenamt zusammen (derzeit in zweimonatlichen Treffen), veranstaltet inhaltliche Seminare mit Kurzimpulsen und unterstützt Initiativen zur Erweiterung des Ehrenamtes zum Beispiel durch die örtlichen Firmen. Im Kontext der bereits lang andauernden Aufgaben der Integration sieht sich das Hauptamt auch mit einer Überforderung und einer "Mitgefühlerschöpfung" konfrontiert.

In Kirchhundem gingen die ersten Hilfestellungen bei der aktuellen Flüchtlingshilfe 2015 vom Ehrenamt aus. Die freiwilligen Helfer zeigten sich von Anfang an sehr engagiert, sahen sich jedoch teilweise mit einer gewissen Skepsis und Unverständnis seitens anderer Teile der allgemeinen Bevölkerung konfrontiert. Das Hauptamt betonte die Hilfen zur Integration, war aber inhaltlich noch nicht aufgestellt. Zu Beginn fühlte sich das Ehrenamt daher eher allein gelassen und die Zusammenarbeit mit dem Hauptamt musste erst entwickelt werden. In dieser Phase stellte sich die Einrichtung einer personellen Schnittstelle zwischen Hauptamt und Ehrenamt als besonders günstig heraus (derzeit ausgelaufen). Der Wunsch einer Koordinationsstelle aus dem Hauptamt, bei der die Fäden zusammengeführt werden, wird als notwendige Entlastung des Ehrenamtes angesehen; auch um den feststellbaren Rückgang der ehrenamtlich Helfenden aufzufangen.

Die Stadt bei Bad Berleburg war aufgrund ihrer Funktion als Ersteinrichtung in der Hauptphase der Flüchtlingswelle nicht für die direkte örtliche Integration zuständig, hat aber von Anfang an sich auch als Kommune in den Integrationsprozess eingebracht. Als sie dann aufgrund einer Gesetzesänderung zusätzliche Zuständigkeiten in diesem Bereich erhielten, war eine schnelle Umstellung vonnöten, die sich für die Verwaltung als eine beträchtliche Herausforderung erwies. Hauptamt und Ehrenamt haben im Rahmen einer gemeinsamen Flüchtlingsinitiative nun aktuell einen runden Tisch installiert, um hier die konkreten neuen Anforderungen zu lösen. Das Ehrenamt wird vom Hauptamt hier als eine große Entlastung angesehen. Entsprechende Kommunikationsstrukturen müssen aufgebaut werden. In diesem Rahmen wird eine Integrationsbeauftragte(r) von der Stadt neu ausgeschrieben, - mit einem besonderen Anforderungsprofil hinsichtlich der interkulturellen Zusammenarbeit

Vom Caritasverband im Kreis Soest wird das Beispiel einer sich verändernden Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Ehrenamt aufgezeigt. Zu Beginn der sogenannten „Flüchtlingswelle“ sei die ehrenamtliche Hilfe zentral gewesen; erst ab 2016 begannen die Sozialsysteme (Hauptamt und Jobcenter) langsam an zu arbeiten. Das Ehrenamt trat hierbei teilweise als Störfaktor auf, da sich seine Vertreter oft als „Anwalt“ der Geflüchteten sahen. Sie hatten zwischenzeitlich sehr viele Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt und sich ein Stück weit emanzipiert. Durch das Aufzeigen aktueller Problemlagen mit dem Jobcenter und die Einschaltung der Politik wurde ein Projekt über eine neue Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Ehrenamt in die Wege geleitet: das Ehrenamt erfährt eine Qualifizierung im Jobcenter und kann so bei der Ausarbeitung der Anträge unterstützen. Das Jobcenter führt aktuell Sprechstunden in den Kommunen (z. B. in Lippetal) durch und kann hier eine größere Nähe zu den Geflüchteten herstellen. Das Ehrenamt wird somit auch als eine Art professioneller Schnittstelle vom Jobcenter akzeptiert und konnte als eine notwendige Hilfe „in den Zwischenräumen zwischen den Sozialsystemen“ installiert werden.

Von den Vertreter_innen aus dem nördlichen Kreis Soest wurde ein neues Projekt *„Neustart für geflüchtete Menschen. Ein Partnerschaftsprojekt in den Kommunen Lippetal, Bad Sassendorf, Welver und Wickede“* vorgestellt, mit dem an dem vorgenannten Projekt angeknüpft werden soll. Die ehrenamtlichen Partner der Geflüchteten sind bei zentralen Formen der Unterstützung - von der Beratung bis hin zur Kommunikation mit den Abteilungen Leistungen und Integration des Jobzentrums – involviert. Alle Hilfestellungen sollen als Hilfe zur Selbsthilfe auf dem Weg in ein Arbeits- oder Bildungsverhältnis angelegt sein. Die ehrenamtlich Tätigen sind so Teil in einem Aufgabenfeld, das durch die Regelungen des SGB II bestimmt wird: Ihre Mitarbeit soll einerseits eine Akzeptanz durch das Hauptamt haben und gleichzeitig auch die Begrenzung aufgezeigt werden. Daher spielt die Kommunikation eine große Rolle, die durch eine einzurichtende Projektstelle sichergestellt werden soll.

Im Kreis Olpe und Kreis Siegen Wittgenstein verläuft die Zusammenarbeit überwiegend über Ehrenamtskoordinatoren, die mit dem Hauptamt zusammenarbeiten.

In der Diskussion wurde auch über räumliche Angebote gesprochen, die als bedeutsam für die soziale Integration angesehen werden. Neben Sportvereinen wurde insbesondere niedrigschwellige Angebote wie Cafés oder der Kleiderladen angeführt, d.h. „kollektiv organisierte Orte“, wo Geflüchtete mit dem Ehrenamt zusammentreffen. Doch auch der Naturraum wie Wald oder die öffentlichen Spielplätze und insbesondere die unmittelbare Nachbarschaft werden als wichtige räumliche Kontaktstellen angesehen. Die wichtigsten Voraussetzungen stellen Angebote der Mobilität dar. Als wesentlicher integrationshemmender Faktor werden immer wieder fehlende Sprachkurse; insbesondere

hinsichtlich eines kontinuierlichen (Nicht nur einmal die Woche!) und stärker ortsbezogenen Angebotes.

Hauptamtliche Unterstützung und Professionalisierung des Ehrenamtes

Bezüglich der Professionalisierung des Ehrenamtes wurde auf ein großes allgemeines Angebot hingewiesen, welches auch kommuniziert würde und zu Verfügung steht. Die Wahrnehmung dieser Angebote sei für das Ehrenamt aber oft zeitlich nicht möglich. Ein großer Bedarf besteht insbesondere bei den Fragen der Selbsterfahrung und des Umgangs mit Gewalt, traumatisierten Menschen etc. Als sehr hilfreich werden Einführungsseminare in das Ehrenamt angesehen wie in der Stadt Drolshagen, wo es unter anderem um Rechte und Zuständigkeit des Ehrenamtes geht aber auch Themen wie Nähe und Distanz zu den Geflüchteten angesprochen werden. Eine notwendige Professionalisierung wird in Richtung einer Reflexion vor allem bei interkulturellen Fragen angesehen.

Die Professionalisierung hat insgesamt viele Facetten und sollte sehr individuell ausgerichtet sein; insbesondere erscheint es wichtig, persönliche Stärken der Akteure im Ehrenamt zu erkennen und entsprechend in der gemeinsamen Arbeit einzusetzen - wie zum Beispiel ein Talent für die Organisation oder Vorerfahrungen in diesem Bereich. Ein Vertreter aus dem Kreis Soest benennt in diesem Zusammenhang junge Pensionäre aus Verwaltungsberufen als prädestinierte Adressanten, da diese sowohl die Zeit als auch teilweise schon Vorwissen haben.

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Ehrenamt auf Augenhöhe und keine Bevormundung stattfinden soll. Die Akteure im Ehrenamt möchten wahrgenommen und wertgeschätzt werden, und sie möchten mit hauptamtlicher Unterstützung arbeiten. Daher sind die Fragen „Wie werden wir qualifiziert?“, „Wie werden wir begleitet?“ und „Wie werden wir unterstützt?“ von zentraler Bedeutung.

Zu Abschluss spricht sich die Teilnehmergruppe dafür aus das Thema der Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Ehrenamt und den Möglichkeiten der verbesserten „Arbeitsteilung“ nochmals im breiteren Rahmen öffentlich zu diskutieren, das Thema auf die Agenda zu setzen und zum Beispiel an die Landräte heranzutreten. Nach Abschluss der Studie könnten zum Beispiel die Kommunen in der Region und die Politik mit den Ergebnissen konfrontiert werden.

Arbeitsgruppe B

Alltag im ländlichen Raum: Wohnen, Versorgung und Mobilität

Moderation: Jun.- Prof. Dr. Sabine Meier

Protokoll: Lydia Aman

Zeitraum: 12:50 Uhr bis 14:30 Uhr

Die Arbeitsgruppe „Alltag im ländlichen Raum: Wohnen, Versorgung und Mobilität“ diskutierte zunächst die Frage, wie Alltag in den Kernorten und den Ortsteilen gelebt wird, welche Unterbringungskonzepte es gibt und wie Infrastrukturen und Dienstleistungen erreicht werden können. Um die Diskussion anzustoßen, wurde die Gruppe von ungefähr 15 Workshopteilnehmern und -teilnehmerinnen in drei Kleingruppen aufgeteilt, um eine „Aufgabe“ zu bearbeiten. Die Teilnehmer_innen wurden aufgefordert ein innovatives Unterbringungskonzept für eine Kleinstadt im ländlichen Raum auszuarbeiten. Dabei sollte insbesondere über die Art und Weise der Co-produktion zwischen unterschiedlichen Akteuren (z.B. Hauseigentümer_innen, ehrenamtlich arbeitenden Bürgern und Bürgerinnen, Kommunalverwaltung, Wohlfahrtsverbände, usw.) nachgedacht werden. In den Kleingruppen wurden kreative Konzepte ausgearbeitet.

Gruppe 1 (6 Personen) wählte als Ort für die Aufgabe die bestehende Stadt Freudenberg aus. Das Unterbringungskonzept wurde als multifunktionales Projekt konzipiert. Initiator sollten die Bürger selbst sein, die z.B. mit Hauseigentümern oder einer Wohnungsbaugesellschaft zusammenarbeiten. Es sollten Haushalte aus mehreren Generationen vertreten sein, die sich gegenseitig im Alltag unterstützen. Ein Teil der Wohnungen soll für Neuzugezogene (Geflüchtete) bereitstehen. Gerade durch diese nachbarschaftliche Hilfe, können Neuzugewanderte kennengelernt und eingebunden werden. Weiterhin müsste ein Sportpark, ein Kindergarten, Gemeinschaftsräume und Gärten vorhanden sein. Dabei wäre wichtig, dass die Gemeinschaftsräume auch für verschiedene religiöse Aktivitäten genutzt werden können. Die Gärten sollen zur Selbstversorgung dienen und auch (teils) gemeinschaftlich genutzt werden. Darüber hinaus wird eine Vernetzung mit anderen Wohnprojekten in der Region gewünscht. Bevor das Projekt startet, soll über eine Bedarfsermittlung festgestellt werden, welche Menschen Interesse an solchen Wohnformen haben. In Form von Zukunftswerkstätten soll abgeklärt werden, wer sich dieses „Gemeinschaftsleben“ vorstellen kann. Wichtiges Element des erdachten Konzeptes ist, leerstehende Gebäude mit Neubauten und bestehenden Einfamilienhäusern zu kombinieren, um so auch „zu große“ Einfamilienhäuser für

Neuzugewanderte (mit)nutzbar zu machen. Um für Erreichbarkeit zu sorgen, sollte das Projekt eine möglichst zentrale Lage haben und/oder mit einem (Bürger)Bus erreichbar sein.

Fazit: Solche Projekte könnten in mehreren Ortsteilen realisiert werden, wodurch neue, multifunktionale „Dorfmitten“ entstehen, die auch für Neuzugewanderte erreichbar und attraktiv sein könnten.



Gruppe 2 (5 Personen) wählte als Ort Kirchhundem aus. Ziel ihres Projektes ist es, die Gemeinde als Ganzes inklusiver und attraktiver zu gestalten. Die Teilnehmer setzen dabei ihren Fokus auf Wohnen „plus“ Mobilität. Gerade an einer besseren Mobilität müsse gearbeitet werden. Konkret wurde ein Bürgerbus angedacht. Co-Produzenten wären Bürger_innen, Geflüchtete und die Sparkasse. Die Sparkasse finanziert die Busse („Hardware“), Bürger und Geflüchtete die Fahrten („Software“). Mit dem Erlös aus den Bustickets sollen Führerscheine für Geflüchtete finanziert werden. Geflüchtete könnten danach eine bestimmte Anzahl von Fahrten „ableisten“. Ziel ist eine höhere Mobilität der gesamten Bevölkerung. Mit in diesem Bus könnten Lebensmittel und andere Fracht transportiert werden („Lebensmitteltaxi“).

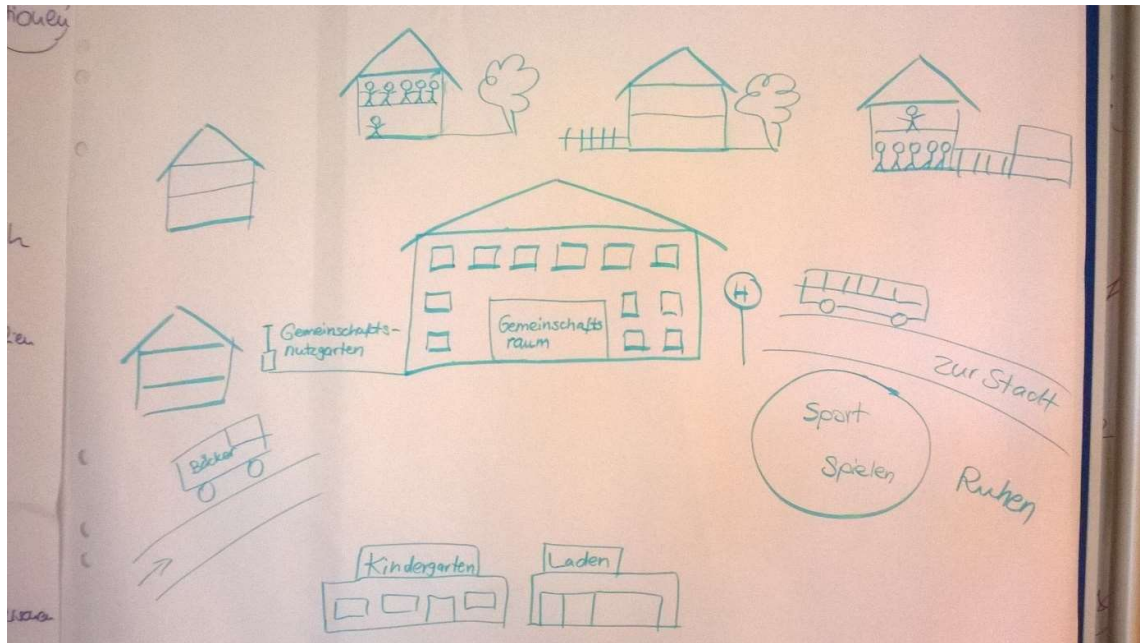
Im Bereich Wohnen spricht sich die Gruppe für mehr Sozialwohnungsbau und ein Mehrgenerationenwohnen in Kirchhundem und/oder Welschen Ennest aus. Es müsse einen größeren Maßstab haben, um auch als Begegnungsstätte zu funktionieren, ggf. mit einem Ärzte und-Geschäftshaus und Kindergärten kombiniert. Die Gruppe betont, dass Stadtangestellte in diesem „Quartiershaus“ arbeiten sollen und damit ebenfalls „Verantwortung“ und Sorge für das Haus tragen.

Es soll jedoch auch einen unabhängigen Vermittler (Lobbyist) geben, der die Wohnungen verwaltet und die Bewohner_innen dort (z.B. Neuzugewanderte und ältere Menschen) „betreut“. Damit das Haus nicht leersteht, soll ein gezieltes Marketingkonzept ausgearbeitet werden. Vorzugsweise soll auch hier Neubau mit bestehenden Bauten kombiniert werden.

Fazit: Mit einem größeren, kollektiv organisierten Mobilitätsangebot könne man das Wohnen in unterschiedlichen Ortsteilen bleibend attraktiv (auch für Neuzuwanderung) gestalten. Da gerade das „draußen Wohnen im Grünen“ auch Lebensqualität bedeutet.



Gruppe 3 (4 Personen) wählte die Stadt Freudenberg aus. Auch sie konzipierten ein Mehrgenerationenhaus, das mit einem Bürgerbus an andere Ortsteile und öffentlichen Nahverkehr angebunden ist. Co-produzenten sind hier vor allem die Kommune und die kommunale Siedlungsgenossenschaft. Es solle ein bestimmtes Gebiet komplett umstrukturiert werden, mit dem Ziel soziale Kontakte zu fördern. Dazu solle es Grünanlagen und attraktive Orte der Begegnung geben, kombiniert mit einer Pflegestation. Der Bürgerbus könne z.B. über die Siedlungsgenossenschaft finanziert werden. Eine weitere Maßnahme wäre, die Innenstadt der Stadt Freudenberg neu zu planen, wobei man sich verkehrsfreie Zonen und die Umgestaltung des Marktplatzes wünscht, um auch so Orte für den alltäglichen sozialen Kontakt attraktiver zu gestalten.



Im **Abschlussgespräch** wurden u.a. die Ergebnisse aus unserem Forschungsprojekt bestätigt, dass zwar im Prinzip genügend Wohnraum für Neuzugewanderte vorhanden wäre (was die Quadratmeter angeht), doch er ist nicht flexibel nutzbar, weil er vornehmlich in privater Hand ist. Hierzu müssten mehr Konzepte von Co-Nutzungen oder auch Umschichtung von Finanzierungen/Eigentum entwickelt werden. Des Weiteren wurde diskutiert, wie solche Projekte umgesetzt werden könnten. Als Beispiel wurde von einer Teilnehmerin genannt, dass eine Bürgerin derzeit schon in Freudenberg einen Investor und „Co-Produzenten“ sucht, um ein Mehrgenerationenhaus zu realisieren. Einen Mangel an bisher realisierten Mehrgenerationenwohnungen stelle der geringe Einbezug von Migranten dar. Dies könne auch als eine verpasste Chance für die soziale Integration gelesen werden.

Arbeitsgruppe C

Diversität und Attraktivität des ländlichen Raums

Moderation: Silvia Mann

Protokoll: Jannick Brück, Silvia Mann

Zeitraum: 12:50 Uhr bis 14:20 Uhr

Weshalb empfindet man den ländlichen Raum als attraktiv? Welche Merkmale werden ihm zugeschrieben, welche weniger?

Nach der Niederschrift der jeweiligen Gedanken und einer anschließenden verständnisbezogenen Diskussion darüber, kam die Frage auf, ob diese Aspekte auch für Geflüchtete wichtig sein könnten (die Teilnehmer_innen waren bis auf eine Ausnahme deutscher Nationalität), was teils ja, teils verneint wurde und letztlich auf den Punkt hinauslief, dass dies individuell sehr unterschiedlich sein kann. Der Mobilitätsfaktor schien jedoch ein spezieller Punkt zu sein, der von vielen Teilnehmer_innen als wichtig erachtet wurde. Gleichfalls wurden aber auch Arbeitsplatzmöglichkeiten sowie Wohnraum genannt. Die Arbeitsplätze werden vor allem für den Spracherwerb benötigt, da so der Erwerb erleichtert werde. Dies wurde von einem Teilnehmer angemerkt, welcher selber als Integrationsbeauftragter tätig ist und diese Erfahrung in der Praxis immer wieder bestätigt sähe. Ein weiterer hauptamtlicher Vertreter stimmte dieser Aussage zu und fügte an, dass seiner Erfahrung nach diese Kriterien – Mobilität und Arbeit - für viele Geflüchtete im ländlichen Raum nicht zusammenpassen würden und sie daher sobald als möglich den Ort verließen, um in Großstädten zu leben, weil sie diese Kombination besser bereitstellen würden.

In Bezug auf Wohnraum ist man sich jedoch uneins geblieben, ob diese in ausreichender Form vorhanden ist. Hier wurde auf die Ergebnisse des Forschungsprojektes rekurriert und ebenfalls das Fazit gezogen, dass ein Großteil des Wohnraumes in privater Hand liege und somit Privateigentümer über den Zugang entscheiden. Zudem wurde angemerkt, dass auch niedrige Mieten nicht unbedingt im ländlichen Raum anzutreffen seien und dies ebenfalls eine zu enge Wahrnehmung darstelle. Eine hauptamtliche Vertreterin aus Hilchenbach merkte an, dass ihr neben diesen angeführten Aspekten oftmals ein kohärentes Integrationskonzept in den Gemeinden fehlt. Häufig sei es so, dass viel auf einmal getan werde, letztlich einer Reihe lokaler Projekte unvollendet auslaufen würden und man politisch zu unkonkret bleibe. Eine weitere Teilnehmerin bestätigte dies. Sie nehme genau dieses Vorgehen in ihrer Stadt wahr und bemängelte gleichfalls das Fehlen eines Integrationskonzeptes. Angefügt wurde daraufhin von einer hauptamtlichen Vertreterin, dass die Ausarbeitung und -

gestaltung von Integrationskonzepten in NRW rechtlich bei den Kommunalen Integrationszentren (KI) angesiedelt sei, nicht bei den kreisangehörigen Räumen/Gemeinden. Die kreisangehörigen Räume und Gemeinden müssen nach den Konzepten der KIs arbeiten. Diese Situation wurde sie selbst jedoch als verbesserungswürdig einstufen.

Bedingt durch die oben stehende Anschlussfrage wendete sich die Diskussion anschließend der Identitätsfrage zu - Was ist eigentlich Deutsch? - wozu diverse Subaspekte thematisiert wurden: So wurde aus Freudenberg durch einen ehrenamtlichen Helfer berichtet, dass durchaus eine selektive Wahrnehmung unter den ehrenamtlichen Helfer_innen in der Flüchtlingssozialarbeit bestehe, da sie vorrangig den Kontakt zu den Geflüchteten hätten und somit Reflexionserfahrungen bzgl. des eigenen Verhaltens sammeln würden. Hingegen würde, nach eigener Erfahrung, beispielsweise die unmittelbare Nachbarschaft, in welcher Geflüchtete leben, selten mit ihnen in Kontakt treten, weswegen davon ausgegangen wird, dass deren Reflexionserfahrungen gering seien. Mitunter münde diese fehlende Erfahrung sodann auch in Ressentiments.

Die Moderatorin stellte daraufhin die Frage, ob das „Aufeinander zugehen“ nicht erst einmal von der lokalen Politik vorgelebt werden müsste oder ob das zu bevormundend gegenüber der eigenen Bevölkerung wirke?

Hier erklärten zwei hauptamtliche Vertreter_innen, dass dies zwar wichtig sei, jedoch die Verwaltung nicht dazu beitragen könne, dass die Integration von der Bevölkerung selber praktiziert werde. Die dazu notwendigen Impulse müssten innerhalb der Bevölkerung existieren, die Kommunalregierungen können lediglich Rahmenbedingungen, etwa die Umsetzung integrativer Maßnahmen, zusätzlich bereitstellen. Als eine Idee für die direkte Ansprache der Bevölkerung in ländlichen Räumen wurde von ihnen die Ortsvorsteher vorgeschlagen, weil sie die Gemeindeteile und deren Bevölkerung gut kennen würden. Ihr Wort wiege mitunter mehr als jenes einer Gemeindebehörde. Ein ehrenamtlicher Helfer aus Freudenberg merkte daraufhin an, dass in der Bevölkerung viele Ideen über die Zusammenarbeit mit der örtlichen Verwaltung existieren, so hätte er zum Beispiel diverse Ideen für ein Integrationskonzept niedergeschrieben, die er als wichtig empfinde und habe darüber hinaus auch Bekannte, die entsprechende Ideen hegen. Jedoch trage man solche Ideen nicht an die Verwaltung heran – auf diese Idee sei man noch gar nicht gekommen. Die gleiche Person fügte hinzu, dass man sich bei solchen Fragen nicht nur auf Geflüchtete beschränke müsse, sondern es auch in ländlichen Räumen diverse Subgruppen gäbe - etwa Suchtabhängige (Alkohol) - die eine gesellschaftliche Einbindung benötigen würden und für die es keine Programme gäbe. Die Flüchtlingsbewegung würde er daher auch als auslösendes Ereignis ansehen, durch welches ein Nachdenken über solche Projekte und Konzepte in ländlichen Raum eine diesbezügliche Sensibilisierung entstehen könnte.

Als weiterer Unteraspekt wurde durch hauptamtliche Vertreter_innen aus Freudenberg thematisiert, ob es nicht falsch sei, wie bspw. das ehrenamtliche Engagement teilweise die lokale Inklusionsarbeit angingen. So existiere bspw. bei dem Begegnungsfest in Freudenberg eine Gastronomieversorgung, die rein auf die Bedürfnisse der Geflüchteten ausgerichtet sei, jedoch nicht deutsche Vorlieben berücksichtige. Daher sei es auch nicht verwunderlich, wenn an dem Begegnungsfest kaum deutsche Bürger_innen teilnehmen würden. Die bestehenden Traditionen in ländlichen Räumen könnten gerade Anschlussmöglichkeiten für die Geflüchteten bieten und sollten bei der Kontaktaufnahme zur Bevölkerung beachtet werden. Es müssten nicht noch zusätzliche „Events“ veranstaltet werden. So bieten auch die lokalen Vereinsstrukturen genügend Anknüpfungspunkte, beispielsweise hätte sich der Sportbereich gegenüber der Inklusionsarbeit in den vergangenen Jahren stark geöffnet. Eine weitere Teilnehmerin fügte daraufhin die Anmerkung hinzu, dass es in ländlichen Räumen häufig an geeigneten Treffpunkten fehle – so stünden überwiegend die Kirchen in erster Instanz bereit, um die Integration von Geflüchteten zu fördern. Eine weitere Teilnehmerin stimmt dieser Anmerkung zu und führte weiter aus, dass etwa in Hilchenbach Treffpunkte als Ort des Zusammenkommens fehlen würden. Was es gäbe wären immer die lokalen Vereinsstrukturen und diese sollten nicht grundsätzlich als attraktiv für Geflüchtete eingestuft werden.

Die Moderatorin stellte daraufhin die Frage an die Gruppe, was ihrer Ansicht nach notwendig sei, um die Inklusion von Geflüchteten in ländlichen Räumen voranzubringen. Bräuchte es, wie eingangs bereits von einer Teilnehmerin angemerkt, ein politisches Handlungskonzept?

Die hauptamtlichen Vertreter_innen befürworteten dies und fügten an, dass das politische Vorleben durch die Verwaltung wichtig sei, gaben aber erneut den Hinweis, dass es nicht nur an der Politik/Verwaltung läge, sondern Inklusion aus der örtlichen Bevölkerung heraus betrieben werden müsse. Die Einwohner_innen würden den eigentliche Motor der Integration darstellen. Letztlich trüge eine aktive Bevölkerung auch dazu bei, dass der Finanzfaktor abgemildert werde, da der Zugang für die Geflüchteten durch die Bürger selbst praktiziert werde und keine vermittelnden Dienstleistungen und Überlegungen benötigt werden. An dieser Stelle fiel der Einwand, dass der Wunsch nach einer aktiven Bürgergesellschaft zwar schön und gut sei, jedoch man selbst beobachte, dass es letztlich immer die gleichen Personen seien, die sich politisch engagieren würden. Dies müsse eine Gesellschaft aushalten, wurde durch einen anderen Teilnehmer erwidert. Es gibt individuelle Entscheidungsfreiheit für oder wider des eigenen Aktivwerdens.

Hieran schloss die Moderatorin die Frage an, ob unter einer aktiven Bürgergesellschaft auch die Beteiligung gegnerischer Positionen, gefasst werde?

Diese Anmerkung wurde bejaht und damit begründet, dass wenn sich alle aktiv beteiligen sollen, warum dann nicht auch die „Gegner“ der Flüchtlingsintegration? Auch dazu existiere schließlich das Recht auf Meinungsfreiheit. So könnten letztlich auch Befürchtungen oder Vorurteile vor Ort eingehender bearbeitet werden.

Zusammenfassung und Fazit:

Insgesamt besprach die Gruppe verschiedene Aspekte der Inklusion und Exklusion, die die Diversität im ländlichen Raum fördern aber auch behindern können. Zur Förderung muss vor allem eine Sensibilisierung für die Themen Inklusion und Diversität vorhanden sein. Dazu haben die Diskussionsteilnehmer_innen die Ausgestaltung lokaler Handlungskonzeptes präferiert, welche durch die Anreicherung eines „utopischen“ Leitbildes Orientierung erhalten sollte.

Darüber hinaus muss insbesondere die lokale Bevölkerung selbst zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten bereit sein und aus sich selbst heraus praktizieren. Dabei sollten die lokalen Verwaltungen die Aufnahme und Teilhabe von sozialen Minderheiten vorleben und den Integrationsprozess moderierend begleiten.

Im Bereich der Exklusion bzw. Behinderung der Einbindung von Geflüchteten wurden neben der Mobilität, dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen und adäquatem Wohnraum gleichfalls die Zurückhaltung der lokalen Bevölkerung sowie das Fehlen von geeigneten Begegnungsorten diskutiert. Für diese Aspekte wurden keine konkreten Lösungsmöglichkeiten besprochen, da deren rechtliche sowie jeweils gemeindespezifische ökonomische und soziale Komplexität eine generalisierende Antwort nicht ermöglichen. Als Fazit kann jedoch gezogen werden, dass diese Punkte im Zuge des Integrationsprozesses mehr Beachtung erhalten sollten und je nach Leistungsvermögen bearbeitet werden müssen.

Ein Manko des Workshops war, dass nur „Deutsche“ daran teilgenommen haben und somit aus einer deutschen staatsbürgerlichen Perspektive diskutiert wurde, inwieweit „wir“ die Inklusion von Geflüchteten bearbeiten sollten. Was oder was auch nicht Geflüchtete selbst in ländlichen Räumen praktizieren, um mit der lokalen Bevölkerung in Kontakt zu treten und Integration zu gestalten, gilt es spezielle Aufmerksamkeit zu schenken.

Arbeitsgruppe D

(Mit-)Wirkung: Zur Einbindung Geflüchteter in die (Forschungs-)Arbeit mit Geflüchteten

Moderation: Nadine Günnewig (Caritas Soest) und Jun.-Prof. Dr. Vicki Täubig

Sprachmittlung: Ahmet Bido

Protokoll: Helena Kliche und Vicki Täubig

Zeitraum: 12.50 Uhr bis 14.30 Uhr

Die Arbeitsgruppe wurde in Kooperation mit Nadine Günnewig (Caritas Soest) konzipiert.¹ Möglichkeiten der Partizipation von Geflüchteten in Forschungs- und Praxisprojekten „für“ und „über“ Geflüchtete sollten vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Geflüchteten diskutiert werden. So wurde in der Einführung zur Arbeitsgruppe als zentrale Frage markiert, wie Projekte in Forschung und Praxis „mit“ und „von“ Geflüchteten durchgeführt werden können. Die AG setzte sich zusammen aus Geflüchteten, Forscher_innen und einer in der Praxis tätigen Sozialarbeiterin. Das Protokoll bündelt einzelne *Themenkomplexe*, die gemeinsam diskutiert wurden.

Nach der Vorstellungsrunde wird die teilweise unsichere *Zukunft von Geflüchteten* als Rahmenbedingung von Projekten herausgestellt. Unterlegt wird dies mit Fragen des Bleiberechts sowie der Rück- oder Weiterwanderung. Die Flucht sei immer wieder verbunden mit dem Verwerfen von Plänen und Lebensentwürfen. Rückkehrabsichten ins Herkunftsland gehen für einige Geflüchtete mit einer geringen Motivation für Sprachkurse einher. Für geflüchtete Familien wird die Rückkehr auch als Problem im Generationenverhältnis skizziert: da ein Teilnehmer für sich weiß, im Herkunftsland begraben werden zu wollen, leidet er darunter, dass sich seine Kinder für ein Leben in Deutschland aussprechen.

Der *Kontakt zu „Deutschen“* durchzieht das Gespräch und berührt Kontakte zu Nachbar_innen ebenso wie die ehrenamtliche Hilfe und Verständigungen über ggf. kulturelle Unterschiede. Berichtet wird eine Scheu von Nachbar_innen sich – über ein „Hallo“ hinaus – für die Situation nach der Flucht oder in der Familie zu interessieren. Durchbrochen wird dieses „Neben-Einander-Herleben“ durch Unterstützung von Ehrenamtlichen, die sich zu Beginn für bessere Unterbringung eingesetzt hätten. Für die Gegenwart werden enge Beziehungen zu einzelnen Ehrenamtlichen, z.B. durch gemeinsames

¹ In der Anlage findet sich das in der AG ausgegebene Handout zum Projekt „Wohnen – Mobilität – Soziales Leben geflüchteter Menschen in Lippetal“ der Caritas Soest (deutsch/arabisch).

Wohnen oder regelmäßigen Austausch über das Befinden, geschildert. In den Dörfern müssten sich Ehrenamtliche und Nachbar_innen teilweise rechtfertigen, warum sie mit „Fremden“ sprechen und in Kontakt stehen. *Kulturelle Berührungspunkte* werden für „beide“ Seiten relevant gemacht. Die Frau mit dem Kopftuch und das deutsche Fernsehprogramm werden als Beispiele benannt, die gegenseitige Scheu verursachen. Zur Überwindung wird der Austausch und ein enger – oft nicht möglicher – Kontakt herausgearbeitet. Dies gelingt im Kleinen, wenn etwa einmal in der Woche ein „typisch syrisches“ Frühstück gemeinsam mit der deutschen Familie, mit der ein Geflüchteter lebt, eingenommen wird. Der Faktor *Zeit* wird zum einen als kulturelles Phänomen, nie Zeit für andere zu haben, sondern beschäftigt zu sein (bzw. sein zu müssen), gedeutet. Zum anderen ergibt sich aus einer Arbeitslosigkeit Langeweile, während in Erwerbsarbeit eingebundene Menschen weniger Zeit für Kontakte zur Verfügung haben.

Das *Leben in ländlichen Räumen* wird vor allem in Verbindung mit den Menschen dort gebracht, die in der Spannweite von „nett“ bis „nicht offen“ gesehen werden. Für das Leben auf dem Land wird von hoher sozialer Kontrolle und Unfreiheit, das zu tun, was man möchte gesprochen. Gleichmaßen ist die Anonymität der Großstadt und das dortige Verlorengehen Thema. Einsamkeit wird für das Leben auf dem Land und in der Großstadt gleichermaßen konstatiert, jedoch für die Großstadt – als Teil des anonymen Lebens aller – als erträglicher eingeschätzt. Die *Überalterung ländlicher Räume* schlägt sich nieder in Äußerungen, die sich dem Altersunterschied zu den meisten Ehrenamtlichen und der Schwierigkeit, dort junge Leute im eigenen Alter zu treffen, widmen. Die schlechten Bedingungen für *Mobilität* mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedeuteten Einschränkungen in der Wahrnehmung von Freizeitmöglichkeiten oder Vereinstätigkeiten (und schließlich auch von Projekten; V.T.), da neben den Sprachkursen und der Fahrtzeit dorthin keine weiteren, zeitaufwändigen Strecken zurückgelegt werden können.

Als *Ideen für Praxisprojekte* wird gemeinsam erarbeitet, dass viele der geschilderten oder entworfenen Ansätze keine zu finanzierenden Projekte im eigentlichen Sinne sind, sondern (kostenlose) Alltagskontakte oder Nachbarschaftshilfe bedeuten. Es wird die Frage aufgeworfen, ob nicht die Bevölkerung insgesamt anstatt Geflüchtete Adressat_innen von Projekten sein sollten. Zudem kommt die Idee auf, dass Geflüchtete neu hinzukommende Geflüchtete unterstützen. Das Mobilitätsproblem könnten Geflüchtete selbst lösen, wenn es ihnen möglich ist, ein Auto zu kaufen und einen Führerschein zu machen.

Mit dem Fokus *Partizipation* wird vor dem Hintergrund langfristiger Angewiesenheit auf ehrenamtliche Unterstützung die Frage, „Können wir das selbst nicht machen?“, aufgeworfen. Es geht hier um Erfahrungen, dass bei Behörden Termine nicht vergeben werden oder die Belange nicht gehört und erledigt werden, wenn nicht ein_e Ehrenamtliche_r den Behördengang begleitet. Ehrenamtliche

werden so zum Erfolgsfaktor der Integration, die Geflüchtete leisten, während Geflüchtete selbst nicht adressiert werden ihre Angelegenheit zu regeln. Zudem wird eingeschätzt, dass ehrenamtliche Unterstützung eigentlich nur für die ersten Schritte benötigt würde, dann aber eine Eigenregie folgen könne.

Einen Schwerpunkt der AG stellte des Weiteren die *Forschung mit Geflüchteten* dar. Es wurde darüber gesprochen, wie Geflüchtete, bspw. als Interviewpartner_in, Forschung erleben und welche *Erwartungen an Forschung* durch die Teilnahme geweckt wird. Wenn eine solche Studie gemacht wurde, würde erwartet, dass diejenigen, die Studien gemacht haben, wissen was fehlt und die Erkenntnisse weitergegeben werden. So müsse z.B. das Problem der Mobilität in ländlichen Räumen und die dadurch bestehenden Schwierigkeiten, einen Sprachkurs zu erreichen weitergegeben werden. Wenn nur über Probleme gesprochen würde, aber nichts verändert wird, verlöre man die Lust an solchen Studien teilzunehmen. Forscher_innen beherrschen häufig nicht die Sprachen, die die geflüchteten Interviewpartner_innen sprechen. Dadurch ergibt sich für den Forschungsprozess die Frage nach der *Interviewsprache* und der Unterstützung durch Dolmetscher_innen. Hier wird von einem Teilnehmer rückgemeldet, dass es ja nicht nur um die gesprochene Sprache, sondern auch um Mimik und Gestik gehe. Mithilfe dieser Mittel könne er in einer Fremdsprache auch seine Gefühle ausdrücken während ein_e Dolmetscher_in diese unmöglich übersetzen könne. Um Geflüchtete, die die Sprache des Aufnahmelandes (noch) nicht sprechen, in die Forschung einzubeziehen, sei es unumgänglich mit Dolmetscher_innen zu arbeiten. Ansonsten ginge die Perspektive der vielleicht weniger integrierten Geflüchteten verloren. Wichtig sei es auch, dass potenzielle Interviewpartner_innen erfahren, dass eine Übersetzung möglich ist.

Zusammenfassend wurde in der AG über spezifische Probleme, die Geflüchtete haben und in Forschungs- und Praxisprojekte einbringen, gesprochen. Dies wurde ergänzt um spezifische Themen des Lebens in ländlichen Räumen. Zur Frage der Mitwirkung von Geflüchteten in Praxis- und Forschungsprojekten wurde die zentrale Perspektive herausgearbeitet, dass Integration auf die ehrenamtliche Unterstützung angewiesen zu sein scheint und damit Integrationserfolge „den Deutschen“ angerechnet werden. Forschungsprojekte, die das ehrenamtliche Engagement untersuchen, beteiligen sich zwangsläufig an dieser Narration.

Arbeitsgruppe D: (Mit-)Wirkung: Zur Einbindung Geflüchteter in die (Forschungs-)Arbeit mit Geflüchteten

Handout

Projekt: „Wohnen – Mobilität – Soziales Leben geflüchteter Menschen in Lippetal“

Projektleitung: Thomas Becker (Umsetzung), Nadine Günnewig (Forschung)



Handlungsort des Projekts ist die ländliche Kommune Lippetal mit ca. 12.000 Einwohnern und 126,6 km² (im Kreis Soest, NRW). Auftraggeber ist die Bundesagentur für Ländliche Entwicklung und Ernährung (BLE), Kooperationspartner ist die Gemeinde Lippetal und Projektträger ist der Caritasverband für den Kreis Soest e.V.

Im Fokus des Projekts stehen geflüchtete Menschen, die auf absehbare Zeit in der Gemeinde wohnen werden bzw. müssen. Die Voraussetzungen für eine angemessene Daseinsvorsorge (Wohnen, Mobilität, Soziales Leben) geflüchteter Menschen in Lippetal wird nur zu einem geringen Teil durch vorhandene Strukturen bedient. Dazu kommt, dass die Personengruppe sich im gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Raum gar nicht oder nur kaum vernehmbar artikuliert. Daher fehlt es an differenziertem handlungsleitendem Wissen über die Lebensperspektiven und -erwartungen dieser Akteursgruppen.

Um etwas über die aktuellen Lebenssituationen und –strukturen von auf dem Land lebenden Geflüchteten zu erfahren, werden im vorliegenden Forschungsvorhaben narrative Interviews sowie Gruppendiskussionen als Erhebungsinstrumente eingesetzt. Aufgrund der Relevanz des Erzählcharakters narrativer Interviews werden diese in der jeweiligen Muttersprache der Befragten durchgeführt, transkribiert und in die deutsche Sprache übersetzt. Dazu werden 2-3 arabisch und kurdisch sprechende Mitarbeiter_innen eingesetzt, die teilweise in örtlichen Projekten als Sprachmittler_innen tätig sind, zum Teil selbst über Fluchterfahrungen verfügen und wichtige Schlüsselpositionen im Zugang zu den Befragten einnehmen.

Die (Mit-)Wirkung von Menschen mit Fluchterfahrungen in einer Forschung zu Geflüchteten wie auch die sprachlichen Grenzen seitens der Forscher_innen, sind mit vielen method(olog)ischen Herausforderungen verbunden, die berücksichtigt, dokumentiert und reflektiert werden müssen.

Kontaktdaten

Nadine Günnewig
Caritasverband für den Kreis Soest e.V.
Gemeinde Lippetal/Haus Biele
Bahnhofstr.15
59510 Lippetal

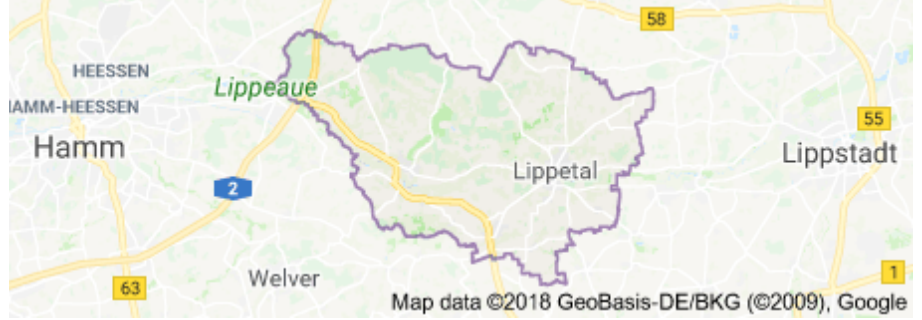
Tel.: +49 2923 980 271

Email: guennewig@caritas-soest.de

مجموعة العمل العمل معاً للتكامل أشخاص مهجرين في البحوث والدراسات عن الأشخاص المهجرين

المشروع السكن، الأثاث، والحياة الإجتماعية للأشخاص الاجئين في ليبیتال

المشروع بقيادة المُنفذ Thomas Becker والباحثة Nadine Günnewig



مكان و موقع المشروع هو ليبیتال بحوالي ١٢٠٠٠ ساكن تقريباً وحوالي ١٢٦,٦ كم في منطقة سوست وما حولها

الداعم لهذا المشروع هو الوكالة الاتحادية للتنمية الريفية والتغذية وشركاء التعاون هم ليبیتال و المروج لهذا المشروع هو منظمة الكاريتاس في زوست

الهدف والتركيز في هذا المشروع يتركز على الأشخاص المهجرين ، الذين سوف يقيمون بإرادتهم أو وجبت عليهم الإقامة في المستقبل المنظور في منطقة زوست .الشروط الازمة لتأمين الخدمات الكافية هي المسكن ،الأثاث ،والحياة الإجتماعية للأشخاص المهجرين سيكون جزء منخفض منها خلال الهياكل القائمة . لهذا الشيء المذكور سابقاً نلاحظ أن الأشخاص لا يعبروا عن أنفسهم البتة صوتياً تعبيراً لغوياً واضحايقومون بذلك بالكاد في المجالات الإجتماعية والسياسات الحلية لهذا السبب نعاني من ضعف وقلة توجيهات العمل المحددة لخطة سير منظمة لتأمين متطلبات وحاجيات هؤلاء الأشخاص

لمعرفة شيء عن الوضع المعيشي الحالي و هيكلته للأشخاص المهجرين المقيمين في الريف ، سنقوم بتحديد واستخدام المقابلات السردية والنقاشات الجماعية كأداة مسح شاملة في مشاريع البحث الحالية

وبسبب تأثير شخصية و لغة الشخص المستنطق على أجوبته في المقابلات السردية ، ستقام هذه المقابلات باللغة الأم للشخص المستنطق و تُترجم بعدها بحيادية و دقة إلى اللغة الألمانية.

لذلك سيحدد من اثنان إلى ثلاثة موظفين ممن تكون لغتهم الأم العربية و الكوردية للقيام بهذه المهمة ، الذين سيكونون بدورهم أيضاً في المشاريع المحلية كوسيط لغوي (من مهامهم أيضاً التحدث عن الخبرات والأحداث التي اكتسبها خلال فترة الهجرة والتهجير والوقوف عند النقاط المهمة والأساسية.

المشاركة العملية والدور لأشخاص تعرضوا قديماً للتهجير ويملكون خبرة عالية في البحوث الخاصة بالناس المهجرين . اللغة وما إلى ذلك مرتبطين أيضاً بالعديد من التحديات المنهجية التي يجب أن تؤخذ بعين الاعتبار.

للتواصل

Nadine Günnewig

Caritasverband für den Kreis Soest e.v.

Gemeinde Lippetal\Haus Biele

Bahnhofstr. 15

59510 Lippetal

[Tel:02923980271](tel:02923980271)

Email:guennewig@caritas-soest.de